

10. März 2020

Protokoll

Datum:	10.03.2020
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	20:30 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4 - 5
Anwesende	Frau Lehmann, Frau Wolf, Herr Calov (ab 19:20) , Herr Höppe, Herr Gutzeit, Frau Nier, Herr Weinowski, Herr Hentze, Herr Prosch, Herr Esther
Gäste	Herr Schmidt – OAL Frau Luckau – Protokoll Frau Rubenbauer, Herr Dr. Weßlau
Tages- ordnung	1. Informationen des Ordnungsamtsleiters 2. Vergabe Bankettmahd 3. Petition Anwohner Rathenaustraße 4. Sonstiges 5. Bürgerfragestunde
	Frau Lehmann begrüßt alle Anwesenden. Sie gibt bekannt, dass Herr Dietmar Gutzeit, neues Mitglied im Ausschuss und Herr Esther neuer sachkundiger Einwohner ist. Frau Lehmann übernimmt, auf Bitten von Herrn Flieger und Herrn Höppe und aufgrund ihrer längeren Erfahrung, den Vorsitz. Die Ladung ist allen ordnungsgemäß zugegangen. Die Tagesordnung wird bestätigt. Herr Calov ist noch in Erwartung, ansonsten sind alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner anwesend.
TOP 1	Informationen des Ordnungsamtsleiters <u>Vollsperrung Bahnübergang / Ausbau B246 L743</u> Herr Schmidt berichtet, dass die Vollsperrung 6 Monate andauern wird. Es ist geplant bis Ende August den gesamten Ausbau im Kreuzungsbereich innerhalb der Vollsperrung vorzunehmen. Das Problem seien die intensiven Vorbereitungsmaßnahmen. Es müssen alle Medien in dem Kreuzungsbereich neu verlegt werden. Die Vollsperrung wurde durch den Landesbetrieb für Straßenwesen angeordnet. Der Landesbetrieb für Straßenwesen, der die Verwaltungsrechte hat, habe die Bedenken der Gemeinde nicht mit eingepflegt. Herr Schmidt versuche, bezüglich Änderungen der Umleitungsbeschilderung, täglich Kontakt aufzunehmen. Ein Überfahren des Bahnüberganges im Baustellenbereich ist noch möglich und müsse auch danach hergestellt werden. Herr Schmidt habe eine Stellungnahme des Revierpolizisten erhalten. Es werden am morgigen Tag verstärkt Verkehrskontrollen in diesem Bereich vorgenommen, um die unrechtmäßige Überquerung des Bahnübergangs zu unterbinden. In Bezug auf die Umleitungsbeschilderung ist heute 17:50 Uhr vom Landesbetrieb für Straßenwesen eine erweiterte Beschilderung zugegangen, da aus Richtung Zeesen kommend ein Hinweis auf die Vollsperrung in Bestensee fehlte.

Wir seien von der inoffiziellen Umleitungsseite betroffen. Ausgewiesen seien weder die Puschkinstraße, der Hofjagdweg, noch die Franz-Mehring-Straße als Ausweichstrecke. Insider wissen das jedoch und fahren dort entlang. Dadurch gibt es erhöhte Verkehrsbelastungen. Im Hinblick auf die Puschkinstraße und den Hofjagdweg gebe es das Problem der zerfahrenen Seitenstreifen, das heißt, dass die Unterspülungen, die jetzt im Straßennebenraum sind, verstärkt zunehmen. Der Bauhof sei nun angehalten, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. Morgen sei ein Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes im Haus; man wolle Straßen befahren und evtl. noch mit einer Ausschilderung agieren, die auf den Umstand der Straßenränder hinweisen.

Der Schülerverkehr hat momentan noch keine größeren Probleme diesbezüglich. Evtl. sollte eine Lichtsignalanlage installiert werden, um die sichere Querung zu gewährleisten. Zurzeit bestehe die Notwendigkeit noch nicht.

Der Hofjagdweg war als ausgewiesener Radwanderweg mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von damals 30 km/h versehen. Diese Begrenzung wurde durch das Straßenverkehrsamt aufgehoben. Jetzt ist keine Beschilderung vorhanden. Herr Schmidt habe erfahren, dass das Straßenverkehrsamt vorsieht, auf dem gesamten Hofjagdweg wieder eine Geschwindigkeitsreduzierung einzuführen. Wie hoch das sein wird, konnte noch nicht gesagt werden. Es sei aber in Arbeit.

Corona

In Bestensee gibt es momentan keine Beschränkungen, was Veranstaltungen größerer Art betrifft. Der Landkreis Dahme Spreewald hatte eine Meldung abgefordert, welche Veranstaltungen mit über 1.000 Besuchern durchgeführt werden. Die einzige Veranstaltung war der Ostermarkt. Am Freitag ist eine Infoveranstaltung. Man habe die Mitteilung erhalten, wie zu verfahren ist, wenn an Kindereinrichtungen ein Ausbruch zu verzeichnen ist. Weitere Informationen sind nicht bekannt.

Baumaßnahme Friedhof Pätz

Im Innenbereich der Trauerhalle sind die Bauarbeiten, bis auf die Elektroarbeiten, abgeschlossen. Die Evangelische Kirchengemeinde hat zugesichert, dass für Beisetzungen in Pätz die Kapelle genutzt werden kann. Der Glockenturm und die Kapelle befinden sich auf dem Grundstück der Gemeinde Bestensee. Der Friedhof gehört der Kommune. Die Nutzung der Kapelle und des Glockenturms obliegen der evangelischen Kirchengemeinde. Im Januar wurde festgestellt, dass der Glockenturm so beschädigt ist, dass er drohte umzukippen, so dass Maßnahmen ergriffen werden mussten. Eine Absicherung des Glockenturms wurde von der Kommune in eigener Zuständigkeit erledigt. Die evangelische Kirchengemeinde hat sich nun bereit erklärt, den Glockenturm zu erneuern. Dafür sollen finanzielle Mittel in Angriff genommen werden. Der Glockenturm soll an derselben Stelle neu errichtet werden.

Abgrenzung Tempo-30-Zonen in Bestensee

Die Gemeinde Bestensee hat die Möglichkeit, auf Gemeindefstraßen Tempo-30-Zonen einzurichten. Das wurde bis jetzt letztmalig auf der Fernstraße in Pätz umgesetzt. Die konzeptionelle Hoheit über diese

Festlegung hat die Gemeindevertretung. Vor zwei Jahren gab es die Anregung, die Paul-Gerhard-Straße zur Schulwegsicherung mit in die Tempo-30-Zone mit aufzunehmen. Die Anregung soll nun wieder aufgegriffen werden. Es gab einen Punkt, der sich bis jetzt noch nicht hat klären lassen. Die Paul-Gerhardt-Straße wurde als Haupterschließungsstraße ausgebaut, für die zum damaligen Zeitpunkt Förderungen in Anspruch genommen wurden. Es war nicht klar, ob die Umstellung in eine 30er Zone rechtliche Konsequenzen hat. Bei der Klärung Ende 2019 ergab sich, dass es möglich ist, die Paul-Gerhardt-Straße in eine Tempo-30-Zone mit einzubeziehen. Bisher sei im Wustrocken und an der Grundschule eine Tempo-30-Zone eingerichtet. Das könnte dahingehend verändert werden, dass mit Beginn des Wustrocken und Beginn der Franz-Mehring-Straße am Bahnübergang, alles bis zur Hauptstraße mit einbezogen wird. Die Veränderung wäre, dass die zurzeit ausgenommene Paul-Gerhardt-Straße in die Tempo-30-Zone mit einbezogen wird. Es würden dann zwei Gebiete zusammengeschlossen und eine Zone daraus gemacht werden.

Die Gesamtschule Villa Elisabeth hat gestern mitgeteilt, dass der Schulbetrieb beendet ist. Es gab eine Beräumung. Die Container werden jetzt zurückgebaut. Das bedeutet, dass auch die Tempo-30-Zone, die durch die Richtlinie des Landes Brandenburg zur Sicherung von Schulwegen, Schulen, Kindergärten und Altenheimen wegfällt. Daher neuer Vorschlag an die Gemeindevertretung für die Einrichtung eines neuen Tempo-30-Gebiets: Bereich Köriser Straße, Eichhornstraße, Rathenastraße. Damit wären fast alle Straßen in die 30er Konzeption aufgenommen. Es können keine überörtlichen Straßen aufgenommen werden, also weder Kreisstraßen, Ortsverbindungsstraßen, Landesstraßen, Bundesstraßen. Diese fallen nicht unter diese Möglichkeit der konzeptionellen Einrichtung.

Lärmaktionsplanung

Die Planung stammt aus dem Jahr 2016. Sie wurde auch für Bestensee bezüglich einer Geschwindigkeitsreduzierung von 50 auf 30 km/h auf den Landes- und Bundesstraßen als Überlegenswert eingestuft. Es sei kein Gutachten, sondern eine Lärmschutzkonzeption, welche erstellt wurde. Man habe dort festgestellt, dass es eventuell etwas bringen könnte, wenn man den einen oder anderen Straßenbereich auf 30 km/h beschränkt. Mit dieser Planung wurde Ende des letzten Jahres nochmals an das zuständige Straßenverkehrsamt herangetreten. Es wurde darum gebeten, die Gemeinde fachlich zu beraten, was möglich wäre. Zuständig für Geschwindigkeitsbegrenzungen ist das Straßenverkehrsamt. Das Straßenverkehrsamt stellt keine theoretische, sondern eine praktische Berechnung an, d.h. es wird ein Verkehrsplaner mit einem entsprechenden Lärmschutzgutachten beauftragt. Er prüft, ob die Bereiche, die infrage kommen, auch die gewünschte Resonanz bringen. Erst wenn das der Fall ist, würde eine entsprechende Reduzierung in diesen Bereichen anstehen. Konkrete Bereiche seien Teile der Motzener Straße der L743, Teile der Königs Wusterhausener Straße der L743, die gesamte Ortsdurchfahrt der B246, wobei hier schon teilweise Regelungen umgesetzt wurden und auch Teile der B179, wobei sich die Frage stellt, ob

	<p>das Auswirkungen hat, wenn dort eine 30er Zone eingerichtet wird, weil die bewohnten Bereiche, die das betreffen würde, relativ gering sind. Wir haben das Straßenverkehrsamt aufgefordert, in diesen Bereichen tätig zu werden. Es werden Verkehrsmessungen gemacht, die den tatsächlichen Bedarf dieser Regelung überprüfen.</p> <p>Bedenken bestehen im Bereich der L743 der Motzener Straße. Ein großes Problem ist, dass seit vielen Jahren ein grundhafter Ausbau gefordert wird. Es wird befürchtet, dass sich der Landesbetrieb aus der Verantwortung zieht, wenn die Straße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung belegt wird. Das Straßenverkehrsamt bejaht das nicht, sondern sieht den tatsächlichen Bedarf zum Ausbau und dass der Landesbetrieb auch bei einer 30er Zone gefordert wäre, Abhilfe zu schaffen.</p> <p><u>Ostermarkt</u> Herr Gutzeit erkundigt sich wg. Corona nach der jetzigen Situation bezüglich des Ostermarkts. Herr Schmidt sagt, dass es bisher keine eindeutigen Regelungen gäbe. Zurzeit gäbe es keinerlei Einschränkungen oder Verbote, aber das könne sich jeden Tag bzw. jede Stunde ändern. Dann müssten nicht nur Veranstaltungen, sondern auch Einrichtungen geschlossen werden. Das geht mit Kindereinrichtungen los, über Schulen bis hin zu den öffentlichen Einrichtungen, so auch unsere Verwaltung.</p>
<p>TOP 2</p>	<p>Beschlussvorlage Bankettmahd</p> <p>Herr Deichmann hat eine Anfrage zum Verständnis und eine kleine Anregung für das nächste Jahr. Die Anzahl der Mähvorgänge wurden auf einzelnen Straßen 14-tägig und bei den anderen Straßen monatlich festgelegt. Es gebe mehrere Bundesinitiativen, Berlin ist Vorreiter, KW habe sich im vergangenen Jahr, aufgrund von Insektensterben und für den Erhalt der Artenvielfalt etc. auf 2 Mähvorgänge geeinigt. Er fragt, ob das für das nächste Jahr vielleicht auch in Bestensee denkbar wäre.</p> <p>Herr Schmidt antwortet, dass es eine verkehrssicherungsrechtliche Maßgabe ist, die erfüllt werde. Ob man diese mit dem Umweltschutz dann abwägt und dann eine höher stellt, das wolle er nicht bewerten. Zum Zeitpunkt der Einrichtung war wichtig, dass die Seitenbereiche a) unterhalten und gepflegt werden und b) instandgehalten werden. Das ist bei den Mulden und vor allen Dingen bei den Kreuzungsbereichen möglich, die sehr intensiv bewachsen sind. Das ist die Aufgabe, die das Unternehmen von uns übertragen bekommt, so Herr Schmidt. Es sollte darüber nachgedacht werden, die tatsächliche Grünanlagenpflege, die jetzt der Bauhof momentan zu 100% erfüllt, dort mit einzubeziehen und abzuwägen, ob man die Dorfaue nicht einmal im Monat, sondern nur zweimal im Jahr mache. Herr Schmidt würde von der verkehrstechnischen und versicherungsrechtlichen Seite erst einmal dahingehend Abstand nehmen. In der Berechnung sei ausgewiesen, dass 24.225 Meter laufende Straßenfläche nur noch einmal pro Monat gemacht werden. Das müsse aber praktisch durchführbar sein und ist jetzt für den Bereich der Vorder- und Hintersiedlung ausgewiesen. Insofern ist diese Anregung in Bezug auf den Umweltschutz aufgenommen worden. Es sei aber</p>

wichtig, dass die Hauptverkehrsadern und die vielbefahrenen Straßen, bei Erfordernis zumindest, auch zweimal monatlich bedient werden.

Herr Gutzeit sagt, die Fraktion befürwortet die Verkehrssicherungspflicht, wenn ein Bestenseer Unternehmen mit beteiligt sei und auch die entsprechende Ausschreibung existiert. Grundsätzlich und auf langfristige Zeit gesehen wird jedoch nachgedacht, ob es möglich wäre (denn die Summe ist nicht unerheblich, ebenso der Winterdienst), zwei neue Stellen auf dem Bauhof mit einzurechnen und dann auf lange Sicht die Arbeiten selbst durchzuführen. Dies würde für die Zukunft auch Kosten einsparen.

Frau Lehmann bedankt sich für die Anregungen und erklärt, dass diese dann mit dem Ordnungsamt zu klären sind. Sie erbittet eine Auflistung vom Bauamt/ Bauhof (Maschinen, Arbeitsleistung etc.).

Herrn Calov würde interessieren, in welcher Form die Ausschreibung stattgefunden hat, ob es nur eine Aufforderung zur Abgabe von Angeboten war oder ob konkret zwei Firmen angeschrieben wurden. Die Angebote seien recht knapp beieinander gewesen. Gab es dort noch Leistungsunterschiede und wie sah die inflationäre Steigerung aus, also was waren die eingestellten Kosten in der letzten Saison?

Herr Schmidt erklärt, dass es eine öffentliche Ausschreibung über mehrere Zeitungen in der Zeit vom 18.-22.01.2020 gegeben hat (MAZ, Blickpunkt, Wochenspiegel und KW-Kurier). Bedingt durch die Höhe der Kosten, die schätzungsweise auf sie zukommen, habe man sich dazu entschieden. Beim Winterdienst ist anzumerken, dass es immer weniger Firmen werden. Jetzt seien zwei Angebote eingegangen, beim Winterdienst sei es nicht anders. Es gebe nicht mehr viele Anbieter und die Preise werden dann von diesen Unternehmen diktiert. Es könne in diesem Jahr eine Einsparung einerseits durch die beiden Angebote und andererseits dadurch, dass Teilbereiche herausgenommen wurden, die anstatt zweimal nur einmal im Monat gemacht werden müssen, erreicht werden. Die Einsparung beläuft sich auf ca. EUR 40.000,00 im Jahr. Die Preise werden von einem Leistungsverzeichnis vorgegeben, welches sich auch in dem Vertrag mit den Firmen abbildet. Es gibt die unterschiedlichsten Straßenränder in Bestensee, welche im Leistungsverzeichnis vermerkt sind. Mit den Arbeiten, die bisher erbracht wurden, sei man sehr zufrieden. Die Entsorgung des Schnittgutes sei im Leistungsverzeichnis mit enthalten. Dass die Entsorgung in den Hauptverkehrsadern erfolgt, könne er bestätigen. Bezüglich der Übernahme der Arbeiten durch den Bauhof gab es vor 3 Jahren eine Wirtschaftlichkeitsberechnung von Herrn Schmidt, ob der Bauhof nicht günstiger sei, die Leistungen selber zu übernehmen. Das Ergebnis damals war, dass es weitaus günstiger sei, wenn die Arbeiten über einen Dritten durchgeführt werden. Das wäre eine Differenz pro lfd. Meter von ca. EUR 0,50, die der Bauhof teurer wäre, als der Dritte. Bezogen auf die Preissteigerungen des Materials, der Verbrauchsmittel und der Personalkosten fällt das Einsparpotenzial jetzt noch höher aus.

Frau Wolf sagt, dass man die Struktur der Straßenreinigungssatzung einmal generell überdenken sollte, vor allem weil ein Schneeräumdienst in

	<p>diesem Jahr gar nicht gebraucht, aber bezahlt wurde. Man sollte Überlegen, die Verantwortlichkeit auch auf die Anlieger zu verlagern. Frau Lehmann erwähnt, dass die Straßenreinigungssatzung inkl. Winterdienst zur nächsten Kalkulation der Gebühren auf die Agenda kommt.</p> <p>Frau Lehmann beginnt die Abstimmung. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, die Weiterleitung der Beschlussvorlage in den Hauptausschuss.</p>
<p>TOP 3</p>	<p><u>Petition Anwohner Rathenaustraße</u></p> <p>Herr Schmidt hatte in seinen Anfangsausführungen schon eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt. Frau Lehmann teilt mit, dass Anwohner der Rathenaustraße mitgeteilt haben, dass sich die Rathenaustraße in einem unmöglichen Zustand befinde. Es wurde durch eine Petition die Anfrage gestellt, die Straße mit einem 30 km/h-Schild zu versehen. Das Straßenverkehrsamt des Landkreises hat sodann eine Messung durchgeführt, um dort das Verkehrsaufkommen zu überprüfen. Diese Messung wurde über einen Wochenzeitraum (auch in den Ferien und am Wochenende) durchgeführt. Das Straßenverkehrsamt kam zu dem Ergebnis, dass dort kein Bedarf besteht. Frau Lehmann habe gestern noch einmal mit Herrn Richter vom Straßenverkehrsamt in Lübben telefoniert. Sie sagte ihm ebenfalls, dass die Rathenaustraße als Umgehungsstraße auch gerade jetzt aufgrund der Baustelle an der Hauptstraße mehr befahren wird. Herr Richter teilte mit, dass man auf der Straße sowieso nicht schneller als 30 km/h fahren könne. Herr Schmidt hat eine Möglichkeit aufgezeigt, womit alle gut leben können, dass bei der neuen Tempo-30-Zone die Rathenaustraße, die Köriser Straße und die Eichhornstraße so schnell als möglich mit einbezogen werden.</p> <p>Es müsste nun ein Beschluss vorbereitet werden, der dann an die Gemeindevertretung weitergeleitet wird.</p> <p>Herrn Dr. Weßlau würden die Messergebnisse interessieren, weil er sich sehr stark an die Freiligrathstraße erinnere, wo behauptet wurde, die Leute könnten nicht mehr schlafen. Nach der Messung wurde festgestellt, dass von 22.00-06.00 Uhr nur sechs Autos durchfahren. Herr Calov kann das, was Herr Dr. Weßlau sagt, bestätigen. Er finde den Verkehr nicht intensiv, die Straße eigentlich historisch erhaltenswert und die Aussage von Herrn Richter gar nicht so falsch. Die Einführung einer 30er Zone befürwortet er dennoch.</p> <p>Herr Gutzeit kennt die Petition an sich nicht, ihn interessiert, ob es in der Petition ausschließlich um die Tempo-30-Zone geht oder auch eventuell um einen Ausbau, ob es da Schäden etc. gibt.</p> <p>Herr Schmidt sagt, dass das Anschreiben der Einwohner der Rathenaustraße sich grundsätzlich auf eine Lärmreduzierung und die entstandenen Schäden auch an den Bauwerken bezieht. Es wurde</p>

erwähnt, dass der Schwerlasttransport auf diese Straße geleitet wird. Es konnte keine Ausweichvariante des LKW-Verkehrs in die Eichhornstraße gemacht werden, weil die Kurvenradien in der Ausfahrt zur Köriser Straße nicht so gestaltet sind. Insofern bewegt sich sehr viel LKW-Verkehr durch die Rathenaustraße. Die Anregung war, dass zumindest mit einer Einschränkung auf 30 km/h etwas erreicht werden könnte. Das habe das Straßenverkehrsamt geprüft und ist zu einem anderen Ergebnis gekommen. Er zitiert: „...aufgrund dieser Anfrage wurde eine Verkehrszählung vom 16.10.-23.10.2019 durchgeführt. Die Verkehrszählung ergab, dass im gemessenen Zeitraum 5.644 Fahrzeuge mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 31-36 km/h die Rathenaustraße befahren. Der Anteil LKW-Fahrzeuge über 2,8 Tonnen beträgt 5,6%...“.

Fakt sei, dass mit der geringen Geschwindigkeit, die dort gefahren wird, auch keine Lärmreduzierung zu erwarten ist. Die Möglichkeit, dass die Gemeinden gegenüber dem Straßenverkehrsamt 30er Zonen festlegen, habe nichts mit einer Lärmreduzierung zu tun, sondern dient der generellen Sicherheit der Einwohner. Was Herr Schmidt den Petenten mitgeteilt hat ist, dass wenn eine Lärmreduzierung gewollt ist, die Straße entsprechend grundhaft ausgebaut werden müsste. Das könne in erster Linie nur vom Bauausschuss und der Gemeindevertretung festgelegt werden. Die nächste Frage wäre dann, ob die politischen Gremien sich für den Ausbau entscheiden. Der Zustand der Rathenaustraße im Bereich der Ein- und Ausfahrt zur L743 zur Motzener Straße sei katastrophal. Dort gäbe es schon seit Jahren Fahrbahnabsenkungen, wo auch aus ordnungsrechtlicher Sicht darauf gedrängt wird, diese zu beheben. Eine Reparatur nur in diesem Bereich würde jedoch keinen Sinn bringen.

Herr Dr. Weßlau fragt, ob die Messungen auch nachts gemacht wurden oder nur am Tage und wenn ja, ob es Differenzen gab.

Herr Schmidt sagt, es handelte sich um eine durchgehende Messung. Nur das Ergebnis der Messung ist der Gemeinde zugegangen.

Herr Höppe ist nicht der Meinung, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung grundsätzlich nichts bringt, weil die Durchschnittsgeschwindigkeit von 31-36 km/h gemessen wurde, d.h. dass viele Autos schneller oder auch langsamer fahren. Die Messung wurde an insgesamt 7 Tagen (mit Ferien und Wochenende) durchgeführt. Der LKW-Verkehr sei für diese kurze Zeitspanne doch ganz schön erheblich, zumal ja auch in der Zukunft, durch die Baustelle im Wustrocken, der LKW-Verkehr noch zunimmt. Er würde auf jeden Fall die Geschwindigkeitsbegrenzung begrüßen.

Herr Hentze fragt, ob man die Rathenaustraße unattraktiver machen könnte, indem man die Eichhornstraße auf 50 km/h lässt und die Rathenaustraße auf 30 km/h.

Herr Schmidt lehnt diesen Vorschlag aufgrund des Publikumsverkehrs in der Gemeinde ab. Wenn man darüber nachdenkt, ein Konzept zu erstellen, dann würden alle Straßen mit einbezogen werden.

Herrn Calov interessiert, wie viele Petenten diese Petition unterzeichnet haben und wie viele gemeldete Anwohner es in der Rathenaustraße gibt. Herr Höppe teilt mit, dass die Petenten die Anwohner waren, die auch

	<p>Eigentümer der an der Straße liegenden Grundstücke sind. Die Mieter, die dort wohnen, wurden nicht angesprochen, hatten im Nachhinein aber gesagt, dass sie die Petition auch unterzeichnet hätten.</p> <p>Frau Lehmann findet die Idee mit dem 30er Schild gut und sieht es als ersten Schritt an. Dass bestimmte Straßen im Ausbau mit auf der Agenda stehen, ist auch bekannt, sagt sie.</p> <p>Herr Calov fragt, wie hoch denn die Kosten für die Einrichtung sind. Herr Schmidt antwortet, dass die einzigen Kosten die anfallen würden, wäre das Anschaffen der Beschilderung. Es würden insgesamt 4 Schilder mit Vorder- und Rückseite benötigt werden. Ein Schild kostet ca. 180,00 €. Weiterhin müsste noch die Arbeitszeit des Bauhofes kalkuliert werden, weil dieser die Schilder anbringt.</p> <p>Frau Lehmann sagt, dass es also ein überschaubarer finanzieller Rahmen sei. Am 05.05.2020 wäre die nächste Gemeindevertreterversammlung. Sie fragt Herrn Schmidt, ob es seitens der Verwaltung Hand in Hand möglich wäre, diesen Beschluss vorzubereiten. Dies wird bejaht.</p> <p>Frau Lehmann lässt abstimmen, wer dafür ist, dass Hand in Hand mit der Verwaltung die Einrichtung einer 30-Zone über die Köriser Straße, die Eichhornstraße und die Rathenausstraße ausgelegt wird. Der Ausschuss stimmt einstimmig dafür.</p>
<p>TOP 4</p>	<p>Sonstiges</p> <p><u>Parkplatzsituation an Seen</u> Herr Prosch spricht den Sachstand zur Parkplatzsituation an. Am 13.09.2019 wurde durch Pätz und Bestensee gelaufen und über die Parkplätze und insbesondere die Situation an den Seen und den Möglichkeiten Sicherheit, Brandschutz usw. gesprochen. Die Planungen liefen schon seit 2011. Der Sachverhalt ist derzeit, dass bei der letzten Gemeindevertretersitzung die Gemeindevertreter, auf der Grundlage eines Schreibens von Herrn Rackwitz, die Angelegenheit wieder an den Bauausschuss zurückgesetzt hat. Das Schreiben von Herrn Rackwitz hätte eigentlich in der öffentlichen Trägerbeteiligung eingebracht, entsprechend abgewogen und beurteilt werden müssen. Er kenne keine Auflagen von der unteren Naturschutzbehörde oder Stellungnahmen der Forst und der Landesentwicklungsplanung. Man solle sich an die planungsrechtlichen Vorgaben halten und dann würden auch entsprechende Ergebnisse kommen. Herr Prosch bringt seinen Unmut zum Ausdruck.</p> <p>Herr Dr. Weßlau stimmt Herrn Prosch zu. Er möchte daran erinnern, dass die Sache mit Mehrheit durch den Hauptausschuss gegangen ist.</p> <p>Herr Prosch möchte das Abstimmungsergebnis nicht kritisieren. Das einzige was ihn interessiert ist die Sicherheit, wenn im Sommer wieder die Temperaturen steigen. Ob das Gebiet ein Klimaschutzwald oder eine Kiefernplantage ist, kann nur die Forst oder die Landesforst einschätzen. Wenn man von Kompensationsmaßnahmen spricht, werden diese im</p>

Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens bzw. einer B-Planung festgelegt. Er habe Erfahrungen mit Nutzungsartenänderungen mit der Forst, ein Verwaltungsakt kostet mittlerweile EUR 8.000,00 ohne Änderung der Nutzungsart. Er gibt zu bedenken, dass in diesem Jahr kein Fortschritt der Sache zu erwarten ist.

Herr Deichmann hat sich in der Gemeindevertretung für die Verschiebung in den Bauausschuss ausgesprochen, weil verschiedene Fragen noch offen seien. Bisher sei man nicht zur Klärung der Sache gekommen. Er würde Herrn Prosch gerne in den Bauausschuss einladen, weil es bautechnische Sachen gibt, die noch zu klären sind. Die Frage sei, was getan werden kann, um für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Er persönlich glaube nicht, dass ein Parkplatz dazu beiträgt, weil man sich damit noch mehr Menschen an den See holt und noch mehr Fahrzeuge. Beim letzten Mal wurde ganz verantwortungsbewusst über 8.000 qm Wald für eine Wohnbebauung entschieden. Bei dem See seien es 12.000 qm für einen Parkplatz. Er sei froh, dass nochmal über die Sache gesprochen wird.

Herr Prosch antwortet, er komme gerne in den Bauausschuss. Er merkt an, dass ein Waldparkplatz entstehen soll und hierfür keine Bäume wegfallen werden. Es wurde auch vorgeschlagen, am vorderen Feld Plätze zu schaffen. Das müsste aber die Gemeinde mit dem Eigentümer des Feldes realisieren. Das gleiche betrifft Planungen im Bereich der B179. Nach seinem Kenntnisstand und nach den Aussagen der Forst gehöre das besagte Gebiet der Gemeinde Bestensee. Die Forst würde eine Planung auch begleiten.

Herr Deichmann erwähnt, dass Gemeinden, die Seen haben, sich jetzt wieder Barrieren schaffen, um die Leute fernzuhalten.

Frau Lehmann war auch in dem Bauausschuss, als die Sache vorgestellt wurde. Das wurde im Bauausschuss auch relativ breit besprochen und diskutiert und alle Eventualitäten angesprochen. Sie erinnert daran, dass es für die Kommune keinerlei Kosten bedarf, wenn dieser Parkplatz entstehen würde. So waren die Ausführungen von Herrn Hirschfelder im Bauausschuss.

Herr Dr. Weßlau merkt an, dass die Gemeindevertreter den NaBu mit einladen sollten, um eine Entscheidung zu treffen.

Frau Lehmann wird das entsprechend an den Bauausschuss weitergeben.

Herr Deichmann begrüßt die Einladung des NaBu. Dort gebe es beim Landesbetrieb Forst in Potsdam auch direkt eine Hauptabteilung, die sich mit diesem Thema Klimaschutzwald 3001 befasst.

Verwahrloster Stand

Herr Gutzeit sagt, dass seit August/September letzten Jahres, wenn man aus Richtung Gallun kommt, auf der rechten Seite ein verwahrloster Stand liegt. Er fragt, ob man sich erkundigen könne, wann dieser entfernt oder

	<p>zumindest wieder hergerichtet wird. Nach dem letzten Sturm sei alles zusammengefallen und liegt seitdem so als Haufen rum. Er erkundigt sich, ob es rechtlich nicht rechtlich auch so sei, dass wenn man als „fliegender Händler“ den Stand nicht mehr betreibt, ihn wieder abholen und zur neuen Saison wieder aufstellen muss.</p> <p>Herr Schmidt sagt, dass er dies im Rahmen der Sondernutzung prüfen lassen wird.</p> <p><u>Baumfällarbeiten in Pätz</u> Herr Deichmann sagt, dass am 24.02.2020 an der Dorfaue in Pätz Baumfällarbeiten vorgenommen wurden. Dort wurde unter anderem eine Gledizie, das ist ein Lederhülsenbaum, in der Lindenstraße 26, vor dem Grundstück von Herrn Prof. Kirsch gefällt, welcher aus einem Samen des Botanischen Gartens in Berlin gepflanzt wurde. Es wird gefragt, warum der Baum gefällt wurde. Wurde die Fällung durch ein Gutachten hinterlegt? Von wem wurde das veranlasst? Werden Ersatzpflanzungen dafür vorgenommen und wenn ja in welchem Umfang? Herr Schmidt kann die Frage derzeit nicht beantworten, leitet diese aber an das Bauamt zur Beantwortung weiter.</p>
<p>TOP 5</p>	<p>Bürgerfragestunde</p> <p>Herr Daniel Krüger stellt sich vor. Er ist Vertreter für die Anwohner der Menzelstraße, welche zusammen eine Petition vorbereitet haben. Diese Petition wird verteilt. Es gehe um die Verkehrssituation in der Menzelstraße. Die Menzelstraße sei 2013 als Anliegerstraße ausgebaut worden und wird Stand heute aber nicht als solche genutzt, sondern zum großen Teil als Umgehungsstraße für die Anwohner aus dem Glunzbusch-Neubauggebiet auf die B179. Der hauptsächliche Grund ist, dass die Verkehrswege im Neubauggebiet komplett verkehrsberuhigt sind. Die Menzelstraße ist nur durch Baumeinengungen ein wenig eingeschränkt. Es ist in der Straße sehr gefährlich geworden. Gerade zu den Verkehrsstoßzeiten ist mit viel Verkehr zu rechnen. In diesem Zeitraum gehen die Schulkinder zur Schule und nach Hause. Die Straße liegt in einer Tempo-30-Zone. Die Geschwindigkeit wird selten eingehalten. Aus Gesprächen mit den Anwohnern wurde festgestellt, dass es schon zu mehreren gefährlichen Situationen kam, bis zu dem, dass sich Spiegelkontakte zwischen Autos und Personen ergaben. In der Straße wohnen mittlerweile 18 Kinder. Die Eltern trauen sich teilweise nicht mehr, ihre Kinder allein mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu lassen. Die Straße hat keinen Fußweg und ist relativ schmal, so dass es schwer ist, den Autos auszuweichen. Man wolle mit der Petition erreichen, dass im Ausschuss darüber diskutiert wird. In der Petition sind außerdem Möglichkeiten aufgeführt, was als Änderungen vorstellbar wäre. Es wird auch um die Weiterleitung der Petition an die Gemeindevertretung gebeten.</p> <p>Frau Lehmann fragt, ob alle Ausschussmitglieder die Petition erhalten haben. Die Sache wird an Herrn Schmidt weitergeleitet. Natürlich ist das Anliegen auch im Interesse der Kinder. Das Problem existiert nicht nur in der Menzelstraße, es sei also bekannt. Frau Lehmann fragt, welche</p>

Möglichkeiten es gibt, den Bürgern dort erstmal zu helfen.

Herr Schmidt sagt, dass mit dem Ausbau in Bestensee viele Hinweise diesbezüglich an das Ordnungsamt gegangen sind. Grundsätzlich wird immer erst einmal eine tatsächliche Messung der Verkehrsströme vorgenommen. Es werden nicht nur die Anzahl der Fahrzeuge, sondern auch die Größen und die Geschwindigkeiten gemessen. Es müsse anhand der Zählung entschieden werden ob und was verändert werden könnte. Herr Schmidt geht als Ordnungsamtsleiter immer davon aus, eine Straße bautechnisch zu verändern, wenn es tatsächlich auch Erfolge bringen soll, um die dort angeordneten 30 km/h einzuhalten. Das wäre mit Maßnahmen verbunden, die weitere Einengungen vorsehen. Das Ordnungsamt sei nicht in der Lage, die Einhaltung der Geschwindigkeit zu kontrollieren. Man sei auf die Mitarbeit der Polizei und des Landratsamts angewiesen, weil nur diese Geschwindigkeitskontrollen vornehmen können. Der Revierpolizist habe die Möglichkeit mit dem Lasergerät auch entsprechend in dieser Straße zu stehen. Es gebe auch die Variante, dass für die Verdeutlichung der Verkehrsregelung mit Piktogrammen gearbeitet wird. Das wirke sicherlich unterstützend. Dazu sei man auch gerne bereit. Diesbezügliche Mittel hat die Gemeinde auch eingestellt. Den Durchgangsverkehr sperren oder eine verkehrsberuhigte Zone einrichten, bedarf einer sehr eingeschränkten Betrachtungsweise. Bei verkehrsberuhigten Zonen müsse der Nutzerverkehr der Fußgänger oder der spielenden Kinder höher sein, als der des fahrenden Verkehrs. Aus diesem Grund ist ein verkehrsberuhigter Bereich nicht möglich. Den Durchgangsverkehr zu sperren hält Herr Schmidt für unangebracht, weil der Verkehr dann logischerweise auf die verbleibenden Straßen verlagert wird. Dann müsste man die Straßen komplett von der B179 zu machen und die Anlieger müssten dann alle über den Glunzbusch fahren. Das sind nur einige Sachen, die bedenklich sind. Aus Sicht von Herrn Schmidt müssten straßenbauliche Veränderungen vorgenommen werden. Dazu muss aber Geld in die Hand genommen werden, was momentan nicht da ist. Wenn die Gemeindevertretung die Situation so bestätigt, könne eine Veränderung im Rahmen des Haushaltes mit eingeplant werden. Dann müsste ein Straßenplaner beauftragt werden, der sagt, wie die Straße verändert werden könnte, um die Situation tatsächlich zu entschärfen. Was immer wirkt, ist das Parken von Fahrzeugen an der Straße. Das ist dann zwar für den Schulweg relativ unschön, weil die Kinder dann an den Fahrzeugen vorbei müssen, aber es wirkt in jedem Falle verkehrsberuhigend. Die Petition wurde einerseits an Herrn Quasdorf und andererseits an die Gemeindevertretung gestellt. Es wird in jedem Falle zeitnah eine Messung an der Straße vorgenommen und dann weiter verfahren.

Herr Krüger begrüßt die Verkehrszählung. Er findet es aber auch wichtig, zu klären, welche Fahrzeuge langfahren, da es sich um eine Anliegerstraße und keine Durchgangstraße handelt. Er betont noch einmal, dass es eine Anliegerstraße ist und dafür Geld bezahlt wurde.

Frau Lehmann bedankt sich bei Herrn Krüger. Es werde eine Messung stattfinden und man bleibe dann weiterhin in Kontakt.

	<p><u>Sichere Schulwege</u></p> <p>Frau Wolf stellt sich vor. Es gehe um sichere Schulwege für die Kinder. Sie fragt, ob es mittlerweile Ansätze für ein Schulwegekonzept gibt, dass man in diesem Rahmen Maßnahmen einleiten kann, bei den Straßen, wo die Kinder auf der Straße langgehen müssen und kein Fahrradweg oder ähnliches als Ausweichweg vorhanden ist.</p> <p>Frau Lehmann sagt, dass das eine Sache für den Ortsentwicklungsausschuss sei und Herr Deichmann das mit aufnehmen solle.</p>
--	--

Die öffentliche Sitzung wird um 20:30 Uhr beendet.

Es findet kein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.



Annette Lehmann
Vorsitzende des Ordnungsausschusses



Kathrin Adaszewski
Protokollantin